



EMERGENCY WATCHLIST 2024 IM ÜBERBLICK

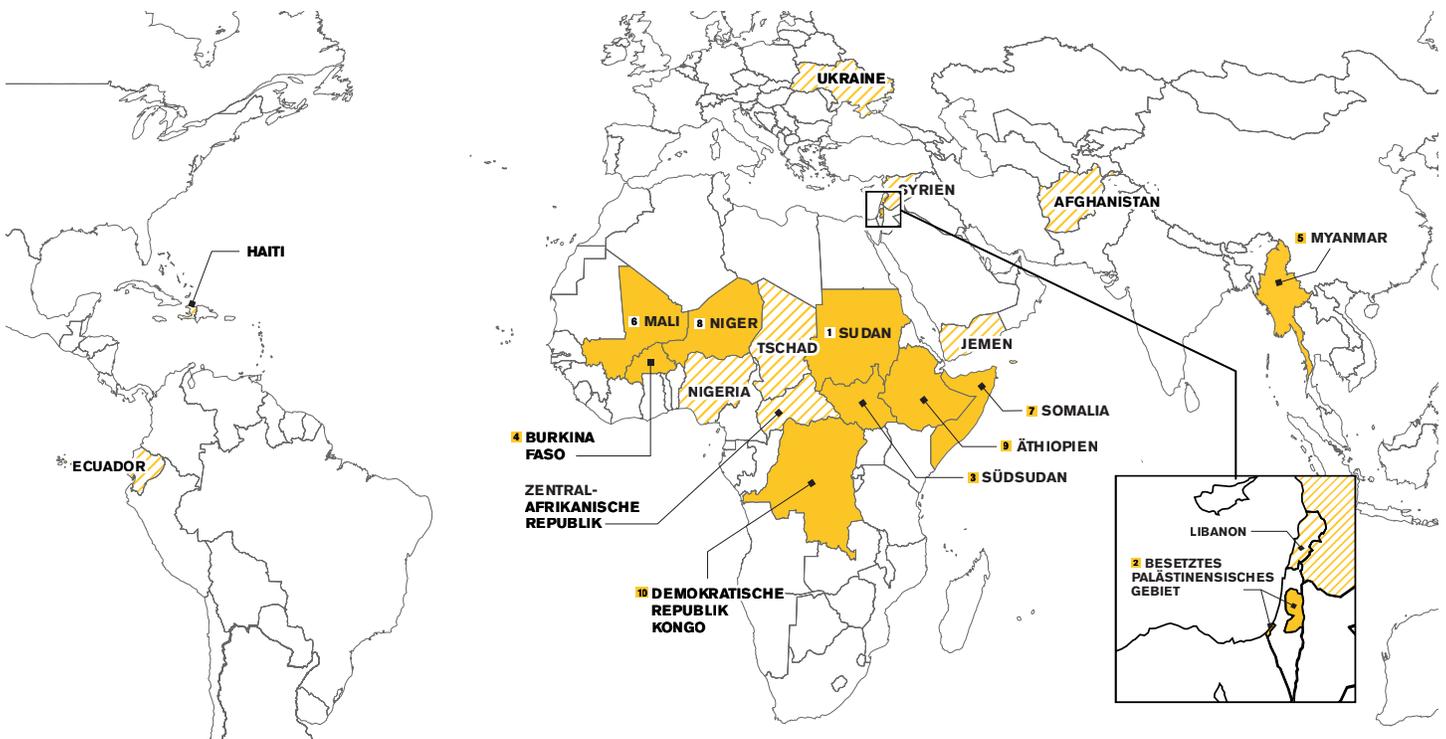
FAKTEN STATT MYTHEN



Die **Emergency Watchlist** ist ein jährlich erscheinender Bericht von International Rescue Committee (IRC) mit den 20 Ländern, in denen sich die humanitäre Lage im nächsten Jahr voraussichtlich am stärksten verschlimmern wird. Die Watchlist basiert auf einem analytischen Verfahren, das 65 quantitative und qualitative Variablen sowie qualitative Erkenntnisse aus der Arbeit von IRC in mehr als 50 Ländern auf der ganzen Welt nutzt. So wird ermittelt, welche Länder in die Liste aufgenommen und an welcher Stelle sie eingeordnet werden sollen.

In den letzten zehn Jahren hat die Emergency Watchlist im Durchschnitt 85-95 % der 20 Länder korrekt vorhergesagt, in denen sich die Lage am meisten verschlechtert. Dies hilft IRC, sich intern auf die Notfallvorsorge im nächsten Jahr vorzubereiten. Die Analyse zeigt, wie sich globale humanitäre Krisen entwickeln, die Ursachen dafür und was getan werden kann, um die Auswirkungen auf betroffene Gemeinden zu verringern.

In den 20 Watchlist-Ländern leben:



¹Extreme Ernährungsunsicherheit bezieht sich auf Menschen, die von akutem Hunger (IPC Stufe 3) oder einer noch höheren Stufe der Ernährungsunsicherheit betroffen sind.

ACHT FAKTEN ZU HUMANITÄREN KRISEN

Der Vergleich der verschiedenen humanitären Krisen in der Watchlist ermöglicht es, globales Geschehen und Entwicklungen besser zu verstehen. In jedem der Watchlist-Länder sind Krisen von unterschiedlichen lokalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Dynamiken geprägt. Es gibt jedoch acht Entwicklungen, die wir übergreifend in allen 20 Ländern beobachten und die erklären, warum Krisen sich verschärfen und ausweiten:

FAKT 1

Bewaffnete Konflikte und die Folgen des Klimawandels treffen zunehmend an denselben Orten und zur selben Zeit aufeinander. Unter den 16 Ländern weltweit, die gleichzeitig von bewaffneten Konflikten und den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, stehen 14 Länder auf der diesjährigen Watchlist.

FAKT 2

Die Zivilbevölkerung wird nicht geschützt zwischen der Regierung und dem wachsenden Einfluss bewaffneter Gruppierungen. Diese können politisch organisiert sein, Einfluss auf Gemeindeebene oder durch kriminelle Netzwerke ausüben. Wenn es Regierungen in fragilen Staaten an Legitimität fehlt, ermöglicht dies nicht-staatlichen bewaffneten Gruppierungen, an Einfluss zu gewinnen. Das kann neue Konflikte auslösen, bestehende Konflikte verschärfen und damit den humanitären Bedarf sowie Ernährungsunsicherheit erhöhen und zu weiterer Vertreibung führen.

FAKT 3

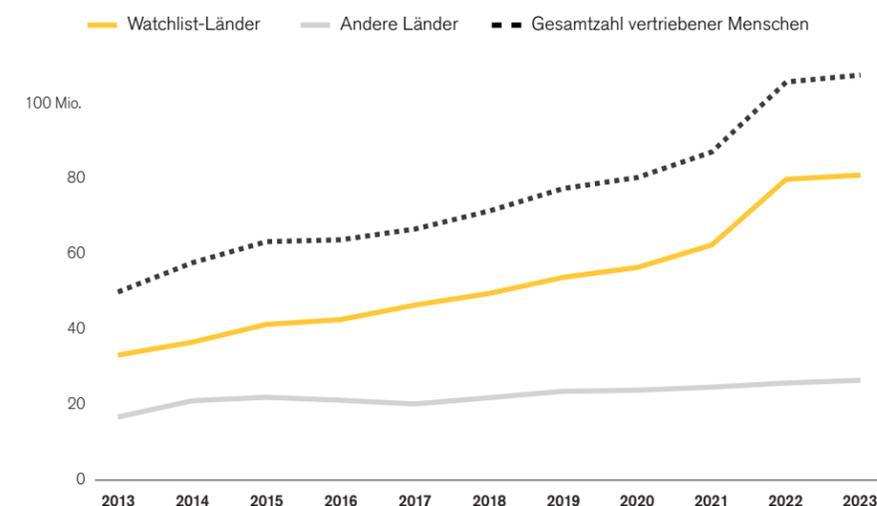
Die Rolle regionaler und globaler Mächte als Konflikttreiber wächst. Sie verstärken bewaffnete Konflikte anstatt sie zu befrieden. Auch dort, wo sie versuchen, Konflikte zu schlichten, erweisen sich ihre Bemühungen oftmals als unwirksam. Sudan ist ein Beispiel dafür, wie Intervention von außen die Eskalation weiter vorantreiben kann: Mehrere Staaten liefern Waffen an die Konfliktparteien in Sudan, anstatt sich für Frieden einzusetzen.

FAKT 4

Gewaltsame und verfassungswidrige Führungswechsel erhöhen das Risiko einer Krise. In fünf der Top 10 Watchlist-Länder kam es in den letzten drei Jahren zu einem Putsch: Mali, Sudan, Niger, Burkina Faso und Myanmar. Die steigende Zahl von Militärputschen, vor allem in afrikanischen Ländern, verstärkt Unsicherheiten und damit verbunden humanitäre Krisen.



Seit 2013 ist die Anzahl von Menschen auf der Flucht weltweit extrem gestiegen. Ein Großteil der Menschen lebt in Watchlist-Ländern.



Quelle: UNHCR

FAKT 5

Zivilist*innen und zivile Infrastruktur sind zunehmend stärker gefährdet, da Konfliktparteien ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen missachten. Das Humanitäre Völkerrecht verpflichtet alle Konfliktparteien zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen des Krieges. Dies wird jedoch immer wieder missachtet: Zivilist*innen werden nicht konsequent und durchgängig geschützt. IRC-Teams auf der ganzen Welt sehen bei ihrer Arbeit wie sich dieses **Zeitalter der Straflosigkeit** auf die Menschen in Krisen auswirkt.

FAKT 6

Konfliktparteien kommen ihrer Verantwortung für den Schutz des humanitären Zugangs nicht nach. Stattdessen schränken sie den Zugang für humanitäre Hilfe ein und humanitäre Helfer*innen werden vermehrt Ziel der Gewalt, ohne dass Konfliktparteien diplomatische oder rechtliche Konsequenzen befürchten müssen. Die Umwelt- und Sicherheitsbedingungen, um humanitäre Hilfe zu leisten, sind in Konflikten ohnehin erschwert. Durch fehlenden Schutz des humanitären Zugangs hindern Konfliktparteien humanitäre Organisationen zusätzlich daran, betroffene Menschen zu erreichen.

FAKT 7

Erhöhte Klimarisiken gefährden Leben und Lebensgrundlagen. Das Extremwetterphänomen El Niño könnte diese Risiken in einigen Watchlist-Ländern noch verschlimmern. Die Watchlist-Länder selbst sind für nur 1,7 % der weltweiten CO-Emissionen verantwortlich. Dennoch sind sie unverhältnismäßig stark von der Klimakrise betroffen. Im Jahr 2021 waren Menschen in Watchlist-Ländern 2,75 mal häufiger von Naturkatastrophen betroffen als Menschen in anderen Ländern.

FAKT 8

Der globale Anstieg an Staatsverschuldung hindert Regierungen daran, in Systeme und Maßnahmen zu investieren, die humanitäre Krisen verhindern und zu ihrer Bewältigung beitragen können. Zwölf der 20 Watchlist-Länder befinden sich entweder bereits in einer Schuldenkrise oder haben ein mittleres bis hohes Risiko, in eine solche zu geraten. Das bedeutet, dass es ihnen an finanziellen Mitteln fehlt, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

MYTHEN, DIE ECHETE LÖSUNGEN VERHINDERN

Inzwischen sollte die internationale Gemeinschaft wissen, wie sich Krisen auf die Zivilbevölkerung auswirken und wie man ihnen begegnen kann – auch wenn sie nicht immer die eigentlichen Ursachen von Konflikten beseitigen kann. Rund um humanitäre Krisen sind jedoch einige Mythen entstanden, die sich hartnäckig im politischen und medialen Diskurs halten. Infolgedessen ergreifen Entscheidungsträger*innen oft falsche Maßnahmen. Diese Mythen aufzudecken und ihnen Fakten entgegenzusetzen, kann bessere Lösungen ermöglichen, um wirksamer zu reagieren und den Kreislauf der Krisen zu durchbrechen.

MYTHOS 1

Humanitärer Zugang lässt sich allein an der Anzahl von Hilfsgütertransporten messen.

Fakten: Ein wirksamer humanitärer Zugang bedeutet, dass Menschen dauerhaft Zugang zu Dienstleistungen und Gütern haben, die sie benötigen, um zu überleben, sich von Krisen zu erholen und ihr Leben wiederaufzubauen. Wenn sich die Berichterstattung jedoch nur auf die Anzahl der Hilfsgütertransporte konzentriert, stellt sie das Problem nur verkürzt dar. Denn nicht allein die Menge der Lieferungen, sondern ihr Inhalt und die effektive Umsetzung humanitärer Maßnahmen entscheiden letztlich, ob Hilfe wirksam ist.

MYTHOS 2

Ohne die Zusammenarbeit mit Regierungen lässt sich nichts erreichen.

Fakten: Regierungen und staatliche Institutionen sind ein wichtiger Partner in der Entwicklungsförderung. Dennoch es ist wichtig, auf andere Optionen und Partnerschaften zurückzugreifen, wenn Regierungen nicht in der Lage oder nicht willens sind, diese Rolle einzunehmen. Andernfalls wird ganzen Gemeinschaften – oder ganzen Ländern – der Zugang zu wichtigen Entwicklungsmöglichkeiten verwehrt.

MYTHOS 3

Die USA und Europa nehmen bereits mehr als ihren proportionalen Anteil an Geflüchteten auf und sollten nicht noch weitere Menschen aufnehmen müssen.

Fakten: In den Watchlist-Ländern und ihren Nachbarstaaten leben 79 % aller Geflüchteten und Vertriebenen weltweit (Menschen aus der Ukraine ausgenommen). In den USA und Europa leben nur 8 % der Geflüchteten. Trotzdem werden dort Rufe nach Grenzschließungen lauter.

MYTHOS 4

Die Reduzierung der CO₂-Emissionen und das Aufhalten des globalen Temperaturanstiegs sind so wichtig, dass wir es uns nicht leisten können, Geld für die Anpassung an den Klimawandel auszugeben.

Fakten: Selbst wenn die internationale Gemeinschaft ihre ehrgeizigsten Ziele erreichen sollte, die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen und die Emissionen auf Null zu reduzieren, werden die Menschen in den Watchlist-Ländern weiterhin mit den bereits existierenden Folgen der Klimakrise leben müssen. Dazu zählen vor allem Überschwemmungen und Dürren. Dieser Mythos hat zur Folge, dass die Watchlist-Länder nicht genug Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel erhalten.

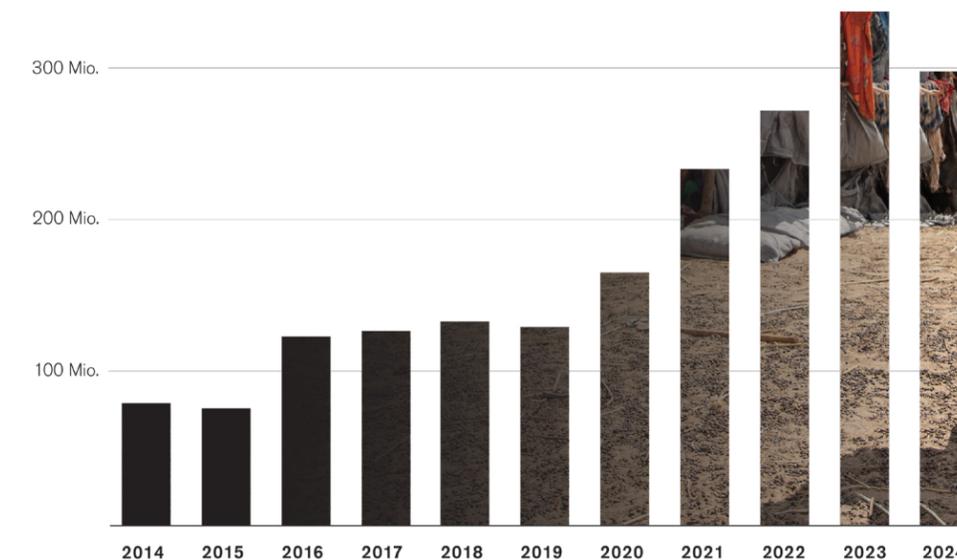
MYTHOS 5

Geschlechtergleichstellung ist keine Frage von Leben und Tod.

Fakten: Geschlechterungleichheit ist für Frauen, Mädchen und andere marginalisierte Gruppen lebensbedrohlich. Feministische Ansätze wirken dieser Ungleichheit entgegen, insbesondere um ihre Bedarfe wirksam zu erfüllen.



Die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, hat sich seit 2014 mehr als vervierfacht



Quelle: Global Humanitarian Overview



Nadia Mohammed Fadhl floh mit ihrer Familie, unter anderem ihrem Sohn Abdullah, vor der Gewalt in Taiz, Jemen. Sie leben jetzt in einer Notunterkunft außerhalb von Aden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN VON IRC



1 Leben retten in fragilen und von bewaffneten Konflikten betroffenen Staaten durch Maßnahmen zur Klimaanpassung, Resilienz und vorausschauender humanitärer Hilfe.

- **Erhöhung der Mittel zur Klimaanpassung.** 50 % der öffentlichen Klimafinanzierung für einkommensschwache Länder sollten bis 2025 für die Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt werden. 25 % dieser Mittel sollten an von bewaffneten Konflikten und dem Klimawandel betroffene Länder fließen. Davon sollten wiederum 20 % an nichtstaatliche Partner gehen.
- **Vorausschauende humanitäre Hilfe für vom Klimawandel bedrohte Gemeinden bereitstellen.** Mindestens 5 % der humanitären Hilfsbudgets sollten für vorausschauende Maßnahmen ausgegeben werden. Es sollte außerdem eine Strategie zur weiteren Ausweitung bis 2030 entwickelt werden.
- **Gerechten Zugang zu Mitteln für die Klimaanpassung gewährleisten.** Erfüllung der Verpflichtung, 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimamaßnahmen in einkommensschwachen Ländern bereitzustellen, und den Zugang zu diesen Mitteln für eine diverse Gruppe an Partnern zu gewährleisten.

2 Extreme Armut und wirtschaftliche Krisen als Ursachen für steigende humanitäre Bedarfe angehen.

- **Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Weltbank durch neue Partnerschaften und institutionalisierte Förderungen in komplexen Notsituationen.** Dazu gehört ein breiteres Spektrum von Akteuren, einschließlich der Vereinten Nationen, (internationale) Nichtregierungsorganisationen sowie von Frauen geführte Organisationen.
- **Regierungen, Geber und Entwicklungsbanken müssen inklusive soziale Sicherungssysteme und Bargeldhilfen ausweiten** und dabei den besonderen Schwerpunkt auf afrikanische Staaten legen.
- **Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sollten im Rahmen des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) einen neuen Mechanismus einrichten, der die Vorhersage von Auswirkungen wirtschaftlicher Schocks auf den humanitären Bedarf und humanitäre Maßnahmen ermöglicht.**

3 Geschlechtergleichstellung in der humanitären Hilfe priorisieren und von Frauen geführten Organisationen Entscheidungsbefugnisse und Ressourcen übertragen.

- **Mehr Mittel für von Frauen geführte Organisationen bereitstellen.** Reformen für humanitäre Länderfonds beschleunigen und mehr humanitäre Mittel über feministische Fonds bereitstellen, die in der Lage sind, lokale Organisationen mit kleineren, flexibleren Zuschüssen zu unterstützen. Gleichzeitig müssen humanitäre Helfer*innen ihrer Verantwortung nachkommen, von Frauen geführte Organisationen in die Planung und Umsetzung der Maßnahmen einzubeziehen.
- **Bilaterale Geber und UN-Organisationen müssen ihre Ansätze zu Compliance und Wissensaustausch überarbeiten, um Frauen geführten Organisationen gleichberechtigten Zugang zu humanitären Mitteln zu ermöglichen.**

4 Wohlstand für alle fördern - durch Aufstockung der finanziellen Hilfen und die Bewältigung der Schuldenkrise.

- **Geberländer des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) müssen die Hälfte der bilateralen öffentlichen Mittel für Entwicklungsleistungen (Official Development Assistance, ODA) für fragile und von bewaffneten Konflikten betroffene Staaten bereitstellen.** Die G7-Staaten müssen ihre Verpflichtungen einhalten, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen auszugeben. Dies würde zusätzliche 168 Milliarden US-Dollar generieren.
- **Aufstockung der Weltbank-Finanzierung für Maßnahmen gegen extreme Armut.** Geber sollten sich verpflichten, die Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) bis 2030 zu verdreifachen.
- **Gläubiger sollten existierende und neue Ansätze zur Verringerung der Schuldenlast prüfen,** um Finanzierung für humanitäre Hilfe, Klimaanpassung und sozialen Schutz freizugeben.

5 Menschen auf der Flucht unterstützen und schützen.

- **Regierungen sollten bei der Gestaltung der Zugangswege systematisch einen schutzorientierten Ansatz für eine menschenwürdige Aufnahme verfolgen,** damit Asylsuchende Schutz und Zugang zu Dienstleistungen erhalten und der Druck auf die Asylsysteme verringert wird.
- **Multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) sollten Initiativen vorantreiben, die vertriebenen Menschen echte Chancen auf Eigenständigkeit bieten.** Sie sollten sich auch für Anpassungen von staatlichen Regelungen und Integrationsplänen einsetzen, und den Zugang zu Dienstleistungen für alle sichern.
- **Geber sollten mehrjährige Finanzierungsmittel zur Unterstützung humanitärer und entwicklungspolitischer Maßnahmen bereitstellen, die auf die Bedürfnisse der vertriebenen Menschen und ihrer Aufnahmegemeinden zugeschnitten sind.** Diese Bemühungen müssen auch die besonderen Bedürfnisse vertriebener Frauen berücksichtigen.

6 Strafflosigkeit verhindern und das Humanitäre Völkerrecht durchsetzen.

- **UN-Mitgliedsstaaten, die sich dem Humanitären Völkerrecht verpflichtet haben, sollten für mehr Rechenschaft die Mechanismen, die in der Ukraine genutzt werden, auch in anderen Krisen einsetzen.** Das kann zum Beispiel durch die Sammlung von Beweisen für Verstöße gegen das Humanitäre Völkerrecht und die Dokumentation und Analyse von Gewalttaten geschehen.
- **Unterstützung der französisch-mexikanischen Erklärung** zur Aussetzung des Vetorechts ständiger Mitglieder im UN-Sicherheitsrat in Fällen von Massenverbrechen.
- **Gründung einer neuen Independent Access Organization (IAO),** um das Verständnis über den humanitären Zugang sowie dessen Barrieren zu verbessern, und die politischen Entscheidungstragenden auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zum Handeln zu bewegen.

